# Pressemitteilungen

## Sanierungs-Stau auf bayerischen Autobahnen

26. August 2024

- **Bislang kein Finanzierungskonzept für Bundesfernstraßen**
- **In Bayern Autobahnen A 3, A 92 und A 93 besonders betroffen**
- **Bernreiter schreibt Wissing: „Brauchen verlässliche Finanzierung!“**

**Der Freistaat Bayern fordert vom Bund endlich eine nachhaltige und verlässliche Finanzierung der Bundesfernstraßen: „Der Zustand des Straßenverkehrsnetzes darf sich nicht verschlechtern“, schreibt Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter in einem Brief an Bundesverkehrsminister Wissing und fordert ihn insbesondere auf, die notwendigen Haushaltsmittel zur Sanierung von Autobahnen in Bayern bereitzustellen.**

Für ein verlässliches Verkehrsangebot auf den Straßen ist vor allem die Investition in deren Erhaltung unabdingbar, da sich der Zustand des Straßenverkehrsnetzes nicht verschlechtern darf. Im speziellen Fokus stehen in Bayern die älteren Betonautobahnen, die in den vergangenen Jahren unter den Begleiterscheinungen der Temperaturextreme gelitten haben und nun teilweise Hitzeschäden zeigen. Auf Teilstrecken sind deshalb in jüngster Zeit von der Autobahn GmbH des Bundes als Sofortmaßnahmen Geschwindigkeitsbeschränkungen angeordnet worden. Dies wahrt zwar die Verkehrssicherheit der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, stellt allerdings keine dauerhafte Lösung dar. Die betroffenen Betonautobahnen benötigen daher dringend und dauerhaft eine grundhafte Sanierung oder zumindest eine Reparatur. Vom Erhaltungsbedarf für alte Betonautobahnen in Südbayern sind besonders die Autobahnen A 3, A 92 und A 93 betroffen.

„Ich fordere den Bund zum wiederholten Male auf, in den nächsten Jahren die notwendigen Haushaltsmittel für die Verkehrsinfrastruktur bereitzustellen und die dringend erforderlichen Maßnahmen an den alten Betonautobahnen zeitnah durchzuführen“, stellt Bernreiter klar: „Nur durch eine verlässliche Finanzierung kann das Bestandsnetz bedarfsgerecht erhalten werden. Moderne und leistungsfähige Verkehrswege sind die Grundlage für unsere Mobilität. Die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft erwarten, dass der Bund seine Hausaufgaben macht.“

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers